



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 10. Februar 2023 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

diese Parlamentswoche stand unter dem Eindruck eines herzerreißenden und traurigen Ereignisses. Wir alle haben die Bilder des furchtbaren Erdbebens in der Türkei und in Syrien vor Augen.

Tod, Zerstörung und Leid prägen die Berichte aus der Region und erschüttern uns zutiefst. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass etwa 23 Millionen Menschen betroffen sind. Die Todeszahlen vom Donnerstagmorgen überschritten 16 000 Menschenleben, die dieser Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Viele mehr sind verletzt und bedürfen medizinischer Versorgung. Noch immer wird vor Ort unter Hochdruck nach Überlebenden unter den Trümmern gesucht. Begleitet und erschwert wird die Bergung von Menschen und das Ausharren der Überlebenden, von denen viele kein Dach mehr über dem Kopf haben, von Frost und Kälte. Es ist eine entsetzliche Situation und meine Gedanken sind bei den Familien, die jemanden verloren haben oder in deren Kreis jetzt selbst um das Überleben gekämpft wird.

Im Wahlkreis erlebe ich einen besonderen Ausdruck des Mitgefühls und der Hilfsbereitschaft. Viele private Initiativen zur Organisation von Transporten von Hilfsgütern für die Verletzten und Betroffenen sind unermüdlich im Einsatz.

Auch das Technische Hilfswerk und andere Hilfsorganisationen aus Deutschland leisten wertvolle Hilfe vor Ort, um die unermessliche Not zu lindern. Dort, wo der Zugang schwierig ist, werden die Hilfen von den Vereinten Nationen koordiniert. So können wir über die UN auch in Syrien einen Beitrag leisten. Die internationale Solidarität mit den Opfern ist groß. Meine Gedanken sind auch bei all jenen, die sowohl aus dem Land heraus, aber auch vor Ort im Katastrophengebiet unter schwierigen Bedingungen helfen.

In dieser von so einer humanitären Katastrophe geprägten Woche werde ich deshalb auf die „gute Nachricht“ der Woche verzichten, informiere Sie aber über drei Themen, die besonders von Belang waren. Zum einen hat es eine Debatte anlässlich des Europäischen Rats im Bundestag gegeben, bei denen es schwerpunktmäßig um Flucht und Migration ging. Darüber hinaus haben wir einen Antrag zur Wohnungskrise auf dem Mietmarkt eingebracht. Zudem jährt sich der Militärputsch im südostasiatischen Myanmar zum zweiten Mal, wozu ich Ihnen gerne als Berichterstatter meiner Fraktion eine Einschätzung abgebe.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Krise auf dem Wohnungsmarkt
- Bundestagsdebatte zum EU-Gipfel
- Zwei Jahre nach dem Militärputsch in Myanmar

## Kritik an der Ampel-Koalition in der Debatte vor dem EU-Gipfel

**G**estern und heute zum Zeitpunkt der Aussendung des Newsletters findet ein außerordentlicher Europäischer Rat, also eine Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs aller 27 EU-Mitgliedstaaten statt. Im Fokus stehen dabei die Themen Wirtschaft, die EU-Reaktion auf den US Inflation Reduction Act, Wettbewerbsfähigkeit sowie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und Migration. Anlässlich dieses EU-Gipfels fand am Mittwoch eine zentrale Debatte im Deutschen Bundestag statt. In seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz kritisierte unser Fraktionschef Friedrich Merz die Zögerlichkeit bei der Unterstützung der Ukraine sowie bei der Umsetzung der Zeitenwende vor. Auch in der Asyl- und Flüchtlingspolitik fehle es Scholz an Initiative.

**Standpunkt:** Auch wenn ich im Ergebnis die kürzlich erfolgte Entscheidung zur Lieferung von Leopard-2-Panzern an die Ukraine sehr begrüße, schließe ich mich ausdrücklich den Worten meines Fraktionsvorsitzenden an, der bemerkte, man könne „nur hoffen, dass wir nicht eines Tages aus der Rückschau sagen müssen, das war zu wenig und zu spät“. So wird es nach der Entscheidung noch Wochen und Monate bis zur Auslieferung dauern, darüber hin-

aus habe auch die damit verbundene Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten noch nicht begonnen. All das im Kontext einer zeitnah bevorstehenden russischen Offensive in den kommenden Tagen. Die Zwischenbilanz der Zeitenwende des Bundeskanzlers bleibt dürftig und findet derzeit überwiegend auf dem Papier statt. Aus dem Sondervermögen der Bundeswehr sind bislang kaum Bestellungen erfolgt und auch bei den Rüstungsunternehmen keine Aufträge eingegangen.

Darüber hinaus wird die Ankündigung eines zweiten Migrationsgipfels durch die Innenministerin mit landespolitischen Ambitionen nicht darüber hinwegtäuschen, dass bereits der erste ein Misserfolg war und die Kommunen in ihrer Aufgabe und Herausforderung allein lässt. Als langjähriger Kommunalpolitiker weiß ich, wie akut das Problem der Unterbringungsmöglichkeiten vor Ort in den Städten und Gemeinden ist. Der Bund kann nicht in jedem Fall sofort Hilfe schaffen – in seiner Macht steht aber ein Engagement und ein nachdrücklicher Einsatz für eine gemeinsame Asyl- und Fluchtspolitik auf europäischer Ebene, die Fehlanreize unterbindet, irreguläre Migration verhindert und einen wirksamen Außengrenzschutz in Europa befördert. Persönlich halte ich dabei die Ansätze, die aus Schweden im Rahmen ihrer derzeitigen EU-Ratspräsidentschaft in die politische Debatte eingebracht wurden, für sehr überlegenswert. Im Kern geht es dabei um eine härtere Gangart gegenüber Herkunftsländern, die ihre Staatsbürger nicht zurücknimmt, obwohl diese in der EU kein Aufenthaltsrecht haben. •

## Härtefallhilfen sofort und vollständig umsetzen

**G**ut zehn Millionen Haushalte in Deutschland heizen mit Öl und Pellets. Gerade ländliche Regionen ohne Gasnetze sind auf diese Energieträger angewiesen. Viele Betriebe, vor allem kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum, vertrauen auf Öl, Pellets oder Flüssiggas als Produktions- und Heizmittel. Manche Unternehmen haben jüngst sogar gezielt einen Brennstoffwechsel unternommen – auch als Beitrag zur Reduzierung des Gasverbrauchs.

Infolge der Energiekrise haben sich die Preise für alle Energierohstoffe erhöht. Im Rahmen der Energiehilfen hatte die Bundesregierung angekündigt, aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) Mittel für eine Härtefallregelung für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung zu stellen, die Öl und Pellets nutzen. Außerdem kündigte die Ampel bei der Verabschiedung der Strom- und Gaspreisbremse an, wirksame Härtefallregelungen für private Haushalte zu schaffen. Die Regierungsfaktionen haben in der vergangenen Sitzungswoche im Haushaltsausschuss die Freigabe der im WSF vorgesehenen Mittel für die Härtefallregelungen sowohl für kleine und mittlere Unternehmen als auch für Kultureinrichtungen verweigert.

### Standpunkt:

*Gemeinsam mit den unionsgeführten Bundesländern haben wir die Bundesregierung bereits im Oktober dazu aufgefordert, die „Gerechtigkeitslücke“ zu schließen und auch Verbrauchern von Heizöl oder Pellets eine Energiehilfe zuteilwerden zu lassen.*

*Die von der Bundesregierung auf unseren Druck hin angekündigten und mit den Ländern vereinbarten Gelder für Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Kultureinrichtungen müssen vollständig zur Verfügung gestellt werden. Dies muss auch leitungsungebundene Energieträger wie Pellets, Öl und Flüssiggas umfassen. Die Voraussetzungen für eine zeitnahe und unbürokratische Auszahlung von Härtefallhilfen an private Nutzer von Öl-, Pellet- oder Flüssiggasheizungen müssen ebenfalls schnellstmöglich geschaffen werden. •*

## Wohnungsmarkt-Krise und fehlende Regierungslösungen.

**M**it Amtsantritt hatte die Ampel-Regierung ein entschlossenes Ziel ausgegeben. Nach eigenem Vorhaben sollten pro Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – entstehen. Indes hat die Bauministerin Geywitz zwischenzeitlich zu Protokoll gegeben: Dieses Ziel wird für die Jahre 2022 und 2023 klar verfehlt.

Zu erwarten ist, dass es auch im Jahr 2024 so weitergeht. Bereits jetzt besteht in vielen Regionen ein erheblicher Mangel an Wohnraum, während das wirtschaftliche Umfeld auch auf absehbare Zeit sehr herausfordernd bleiben wird: Zinsen und Materialkosten steigen weiter und auf dem Bau herrscht ein immenser Fachkräftemangel. Hinzu kommen von der Ampel hausgemachte Probleme, wie etwa das Chaos bei der KfW-Förderung, überhöhte Standards für die Energieeffizienz oder die Abschaffung bewährter Programme wie das Baukindergeld. Bauherren werden dadurch verunsichert.

#### **Standpunkt:**

*Bezahlbares Wohnen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit – in der Stadt und inzwischen auch im ländlichen Raum. Bauen und Investieren braucht aber vor allem eines: Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Für uns gilt: Nur mit mehr Wohnungsneubau nehmen wir Druck von den Mieten und schaffen Wohnraum für Familien. Dabei müssen wir alle Wohnformen in den Blick nehmen: Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser. Wir wollen keine ideologischen Einschränkungen beim Wohnungsbau. Nur wenn wir alle Kräfte bei Bauherren und Unternehmen freisetzen und alle Wohnformen berücksichtigen, können wir den Wohnungsneubau in Schwung bringen. Wir brauchen deshalb eine Offensive für den Wohnungsbau ohne ideologische Einschränkungen. •*

#### Meine Fachthemen:

## **Militärputsch in Myanmar jährt sich zum zweiten Mal.**

**I**n der vergangenen Woche jährte sich der Militärputsch im südostasiatischen Myanmar bereits zum zweiten Mal. Nach wenigen Jahren der Öffnung und vorsichtigen Demokratisierung unter Führung der Quasi-Regierungschefin Aung San Suu Kyi verhängte das Militär des Landes einen Ausnahmezustand. In der Folge kam es bei der Niederschlagung der Proteste zu tausenden Festnahmen und vielen Todesopfern. Das Militär konnte jedoch bis heute nicht die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet wiederherstellen, sodass – weg vom Blickfeld der Weltöffentlichkeit – ein brutaler Bürgerkrieg in vielen Regionen des Landes tobt.

#### **Standpunkt:**

*Myanmar ist ein Land, das weit weg scheint und für uns v.a. als touristisches Reiseziel bekannt ist. Dennoch dürfen wir – trotz der Konfliktlage vor unserer eigenen Haustür – die Augen vor den dortigen Geschehnissen nicht verschließen.*

*Schließlich wird das Regime nicht zuletzt von Russland und China hochgerüstet, um die Demokratiebewegung zu zerstören. Wer eine wertegeleitete Außenpolitik ernst meint, muss an der Seite des myanmari-schen Volkes stehen! •*